



FREIE WÄHLER Buckenhof

Herrn Bürgermeister Förster

Gemeinde Buckenhof

22.1.2005

Die **Freien Wähler Buckenhof** bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Gemeinderates Buckenhof zu setzen.

Antrag

Der Gemeinderat Buckenhof bittet das Straßenbauamt Nürnberg, schnellstmöglich eine Erneuerung/Sanierung des Straßenbelages der Staatsstraße 2240 im Bereich der Ortsdurchfahrt Buckenhof vorzunehmen. Hierbei sollte nach Möglichkeit ein lärmreduzierender Belag verwendet werden.

Begründung

Der Zustand der Asphaltdecke der Staatsstraße 2240 im Bereich der Ortsdurchfahrt Buckenhof ist insgesamt sehr bedenklich. Aus diesem Grund und aus Überlegungen zur Lärmreduktion hatte der GR bereits im Februar 2003 eine Bitte an das Straßenbauamt Nürnberg gerichtet, den Straßenbelag zu erneuern und aus Gründen des Lärmschutzes für die Anwohner eine geräuschkindernde Asphaltdecke wie Splittmastixasphalt aufzubringen.

Mittlerweile haben sich nun im Bereich der Einmündung Eisenstraße ausgeprägte Spurrillen bzw. Fahrbahnvertiefungen gebildet. Dadurch wird bei dieser Einmündung, insbesondere bei ungünstigen Wetterverhältnissen oder verschmutzter Fahrbahn, die Sicherheit der PKW- und Fahrradfahrer nachhaltig beeinträchtigt. Somit besteht aus Gründen der Verkehrssicherheit dringender Handlungsbedarf. Dies umso mehr, als bei einer weiteren Verzögerung dieser Maßnahme mit erheblichen zusätzlichen Kosten zu rechnen ist. Bereits seit Jahren weist der bayerische Oberste Rechnungshof daraufhin, dass Bayern statt der benötigten 100 Millionen nur ca. 37 Millionen Euro in den Erhalt des bayerischen Straßennetzes fließen lässt, verspätete Erhaltungsmaßnahmen aber überproportional teuer werden (vergl. Bericht der Erlanger Nachrichten vom 8.12.2004). Andererseits werden im neuen Doppelhaushalt der Staatsregierung zusätzlich 60 Mio. Euro für den Straßenneubau zur Verfügung gestellt (siehe Kommunalinfo CSU Landtagsfraktion Dez. 04).

Freie Wähler Buckenhof

Rechner warnen vor dem Kaputtsparen

Verfallene Staatsstraßen verrotten — Erneut Wildwuchs der Computersysteme angeprangert

VON ROLAND ENGLISH

den
posität
der
f sei-
Staat
st er
enes
räsidi-
dar-
ngs-

das
dene
seine
dabei
zur
at es
erso-
spal-
al so

, sei
unter
t sei-
teme
sind
inef-
dige
vor“,

Bei-
auf-
illio-
ord-
beim
hat-
n
teil.,
onen
s ihr
o für
0000
und
en.

Ge-
sinen
esten
onen
fuhr
el zu
h 34
Am
n 19
und
raße.
t die
änd-
dass
313



Staatliche Rechnungsprüfer haben ein scharfes Auge auf U-Bahnprojekte.

Foto: Hans-Joachim Winckler

Archäologie-Studenten teilen. In Eichstätt etwa unterrichtet der Lehrstuhl nur vier Studenten. Millionen könnte die Polizei einsparen, wenn sie die Blutentnahmen vereinheitlichte. So kostet das Ganze 29,85 Euro, wenn es eine Klinik macht. Und bis zu 83,35 Euro, wenn ein niedergelassener Arzt zur Kanüle greift.

Warum lässt das Land eine Villa am Starnberger See leer stehen? 800 Quadratmeter hat das Haus. Eigentlich sollte das Buchheim-Museum einzeln sein, doch dann baute der Staat nebenan für 22,5 Millionen Euro neu. Seitdem ist die Villa ungenutzt. Der Unterhalt verschlingt Tausende; demnächst wird das Haus für vier Millionen renoviert. „Verkaufen“, lautet der Rat der Prüfer. Zumal das Land jeden Euro braucht. Die ORH-Prüfer haben nicht nur den Ministerien in die Bücher geschaut. Sie rechneten auch

durch, wie sparsam das Land ist. Ihr Ergebnis: „Insgesamt in Ordnung“ sei die Haushaltsführung, aber gelegentlich schon an der Grenze dessen, was das Gesetz erlaubt.

Hatte Stoiber anfangs die Einnahmen aus dem Verkauf staatlicher Unternehmen tatsächlich in neue Projekte gesteckt, stopft er heute damit nur noch die Löcher im Haushalt. Umfinanzierung heißt der Trick: Längst eingeplante Neubauten werden mit den Privatisierungserlösen bezahlt, das frei werdende Geld fließt in konsumtive Ausgaben, etwa Förderprojekte. Auch so steigt sein Schuldenberg immer weiter, 2003 auf das Rekordergebnis von 20,5 Milliarden Euro. 2004 und 2005 wird Finanzminister Falthäuser die Marke weiter überbieten und 2006 nur deshalb einen ausgeglichenen Haushalt schaffen, weil er die Lücken wiederum mit

Verkäufen stopft. Nur „rechnerisch“, warnt der ORH, habe er sein Ziel erreicht. Es führe „kein Weg daran vorbei, die laufenden Ausgaben mit den laufenden Einnahmen in Deckung zu bringen“, sagt ORH-Präsident Heinz Fischer-Heidberger.

Gleichzeitig warnen die Prüfer, dass der Staat das Land kaputtspare. Und sie nennen ein Beispiel, auf das sie seit Jahren hinweisen: Bayern lässt seine Straßen verrotten. Mindestens 100 Millionen Euro müsste das Land jedes Jahr in den Unterhalt der 13 600 Kilometer stecken, dazu etliche Millionen in die rund 4500 Brücken. Auch die haben ein hohes Alter erreicht – jede zweite hat die 30 hinter sich. Tatsächlich aber fließen nur 37 Millionen Euro. Das, davon sind die ORH-Beamten überzeugt, werde sich rächen. „Verspätete Erhaltungsmaßnahmen werden überproportional teuer.“

Beginn lockt ein Besuch beim Musical in Fürth

Ziel um ein Pop-Oratorium, das sieben Mal im Stadttheater gezeigt wird — 40 Karten zu gewinnen

Verwaltungsreform Paket 2 Bayerns Verwaltung fit für die Zukunft

Mit ihren Beschlüssen zur Reform der Bayerischen Staatsverwaltung hat die CSU-Fraktion den Weg zu einer noch leistungsfähigeren und bürgernäheren Verwaltung geebnet. Nach den Worten des Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann erfüllen die mit großer Mehrheit in der Fraktion getroffenen Entscheidungen die Ziele einer Dreifachstrategie: „Wir bauen Bürokratie ab, wir steigern unsere Leistungsfähigkeit und wir stärken unsere Dienstleistungsorientierung.“

Die Verwaltung bleibt aber in allen Regionen Bayerns präsent. „Die CSU-Fraktion trägt mit ihrem Beschluss den strukturellen Bedürfnissen des Landes Rechnung.“ So werde es „keine weißen Flecken“ auf der Behörden-Landkarte in Bayern geben. Darüber hinaus sorgen gezielte Verlagerungen oder Zusammenlegungen von Ämtern für eine Stärkung strukturschwächerer Regionen und einzelner Standorte.

Bürgernahe und effiziente Strukturen

Die Reform greift laut Herrmann in allen Bereichen der bayerischen Staatsverwaltung. Dabei werden unnötig aufwändige Strukturen zusammengeführt und Ämter verlagert. „Wir machen die bayerische Verwaltung fit für dieses Jahrhundert“, ist Herrmann überzeugt. Bürgerinnen und Bürger hätten einen Anspruch auf Leistung. Der Staat sei mit seiner Verwaltung in erster Linie Dienstleister für die Menschen im Land. Weniger und schlankere Behörden bedeuteten dabei keineswegs weniger Bürgerservice. „Vielmehr garantieren gerade kompetente und effiziente Ämter auch guten Service.“

Gesichert ist durch einen Beschluss der Fraktion die familienfreundliche und sozialverträgliche Umsetzung der Reform. Zum einen werden sich nach Aussage Herrmanns die anstehenden Umbauprozesse nur über Jahre hinweg realisieren lassen. Zum anderen werde bei der Umsetzung versucht,

für so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie möglich einen Verbleib an ihrem Arbeitsort zu bewerkstelligen. Die Notwendigkeit einer Reform der Staatsverwaltung liege auf der Hand, wenn man sich die Ausgaben des Staates für das Personal im öffentlichen Dienst vor Augen führe. Diese betragen derzeit 43 Prozent – „bei steigender Tendenz“, so Herrmann. „Mit der Reform werden wir diesen Trend in Bayern stoppen.“ In den kommenden 10 bis 15 Jahren spare der Freistaat mit der Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst und durch die Verwaltungsreform rund 550 Millionen Euro pro Jahr ein. „Mit diesem beachtlichen Volumen machen wir Bayern langfristig wetterfest“, so der Fraktionschef, „den Herausforderungen der Globalisierung und des demografischen Wandels können wir so gestärkt entgegengetreten.“

Belange der Kommunen berücksichtigt

Berücksichtigt hat die CSU-Fraktion bei der Verwaltungsreform auch Belange der Kommunen. So ist zum Beispiel bei der Eingliederung der amtsgerichtlichen Zweigstellen in die jeweiligen Hauptstellen die Nachnutzung der bestehenden Gebäude zu sichern, insbesondere bei Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Markus Sackmann begrüßte diesen Passus: „Damit kommen wir den Wünschen vieler Kommunalpolitiker entgegen, die um den Bestand denkmalgeschützter Gebäude in ihren Städten und Gemeinden fürchten.“

Mit der Ausgliederung der bisherigen Liegenschaftsverwaltung in ein neu zu schaffendes Immobilienmanagement soll der Immobilienbestand des Freistaats künftig zentral in einer Hand liegen. „Wir wollen unsere Behörden effektiv und flächensparend unterbringen und entbehrliche Liegenschaften gezielt verwerten.“ Die Fraktion hat die Staats-

München, Großhadern, wird die Sanierung des zentralen OP-Bereichs geplant. Um dem Medienstandort Bayern mit Schwerpunkt in München zu stärken, erhält die Hochschule für Fernsehen und Film München einen Neubau, der mit 19 Millionen Euro gefördert wird. Schließlich unterstützt der Freistaat Bayern die Musikhochschulen in München und Würzburg mit insgesamt 8 Millionen Euro.

Mittel für Straßen und Hochwasserschutz

Der Staatsstraßenbau ist der CSU-Landtagsfraktion ein großes Anliegen, weshalb sie dafür im neuen Doppelhaushalt zusätzlich 60 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Damit können bayernweit zahlreiche kleinere Straßenbauprojekte gefördert werden, auf die viele Bürgerinnen und Bürger vor Ort zum Teil schon lange gewartet haben. Nach dem Beschluss der CSU-Landtagsfraktion sollen weitere zehn Millionen Euro in Maßnahmen zum Hochwasserschutz fließen. Vier Millionen kommen der Inneren Sicherheit und rund zehn Millionen dem so genannten E-Government zugute. Weitere rund 18 Millionen Euro sollen in Nordbayern investiert werden und dienen dort insbesondere der Finanzierung des Flughafenbaus in Hof sowie der Verlagerung des Landesumweltamtes.

.....



KOMMUNAL INFO

Herausgeber: CSU-Fraktion
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München
Mail: info@csu-landtag.de

Verantwortlich: Franz Stangl
Leiter der Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: (089) 41 26-24 96
Telefax: (089) 41 26-17 87

Ltd. Redakteurin: Stephanie Bachmann
Redaktion: Ulrike Frowein, Oliver Platzer,
Franz Stangl, Ulrike Tietze

Druck: Johann Jüngling KG
Internet: www.csu-landtag.de